



Kreistag des Wartburgkreises

Kreistagsfraktion der
Freien Wähler Wartburgkreis

Bad Salzungen, 16.11.2015

0294/2015

Antrag zur Kreistagssitzung am 15.12. 2015

Betr. Haushaltsplanung 2016, Auswirkungen der Kreisumlageforderung auf die Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden

I. Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird verpflichtet, zur Sitzung des Kreistags am 26.01. 2016 die Auswirkungen der geplanten Erhöhung des Kreisumlagesolls auf die dauernde Leistungsfähigkeit der Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden zu ermitteln und dem Kreistag vorzulegen.

II. Begründung:

Der Landrat hat mit dem am 16.09.2015 ausgehändigten „Eckpunktepapier“ zum Haushalt 2016 des Wartburgkreises die Anhebung des Kreisumlagesolls angekündigt. In einer Beratung des Landrats mit den Fraktionsvorsitzenden am 08.10.2015 hat der Geschäftsführer des Thüringischen Landkreistages über die geplante Erhöhung des Mehrbelastungsausgleichs (MBA) um 18 Euro/Einwohner, d.h. Mehreinnahmen in Höhe von 2.265.030 Euro für den WAK, berichtet. Allerdings wird die Verbesserung des MBA mit einer Reduzierung der Schlüsselmasse einhergehen. Voraussichtlich erhält der WAK 5.192.372 Euro weniger Schlüsselzuweisungen als in 2015.

Den prognostizierten Mindereinnahmen des WAK von ca. 3 Millionen Euro steht nach den Angaben des „Eckpunktepapiers“ lediglich eine Erhöhung der Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Gemeinden von 0,9 Millionen Euro gegenüber.

Die angekündigte Kompensation der Mindereinnahmen des WAK durch Erhöhung der Kreisumlage führt unmittelbar zu einer Verringerung der dauernden Leistungsfähigkeit der Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden. Dies kann zur Folge haben, dass Gemeinden ein Haushaltssicherungskonzept gemäß § 53a ThürKO aufstellen und ihre Einnahmemöglichkeiten (Gebühren, Entgelte und Steuern) überdurchschnittlich ausschöpfen müssen. Dies hat unmittelbar belastende Folgen für die betroffenen Bürger.

Den Mitgliedern des Kreistags muss eine Abschätzung der Folgen des von ihnen zu leistenden Haushaltsbeschlusses möglich sein. Die zur Folgenabschätzung notwendigen Informationen kann nur die Kreisverwaltung zur Verfügung stellen.



Klaus Bohl
Fraktionsvorsitzender